

Bündnis 90 / Die Grünen, Fraktion im Rat der Stadt Jülich
Große Rurstraße 45, 52428 Jülich

Stadt Jülich
Herrn Bürgermeister Axel Fuchs
Große Rurstraße 17
52428 Jülich

**Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion im Rat der Stadt Jülich**

Sebastian Steininger
Fraktionsvorsitzender

Große Rurstraße 45
52428 Jülich
Tel: 02461 – 40 60 554
Mail: info@gruene-juelich.de
Web: gruene-juelich.de

Jülich, den 24.03.2021

Änderungsantrag zum Antrag 05/2021 (UWG/JÜL) – Ortsumgehungen Jülich

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Axel Fuchs, sehr geehrte Ausschussvorsitzende,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Änderungsantrag zu den Tagesordnungspunkten
6. Antrag 05/2021 (UWG/JÜL) - Ortsumgehungen Jülich im Ausschuss für Kultur, Dorf- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung am 24.03.2021 sowie
5.1 Antrag 05/2021 (UWG/JÜL) - Ortsumgehungen Jülich im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss am 25.03.2021.

Antragstext:

Der ursprüngliche Antragstext

„Weiter beantragen wir, dass die Stadt Jülich umgehend Gespräche mit Straßen NRW und dem Kreis Düren aufnimmt, die Ortsumgehung Nord-Westring in Verbindung mit der geplanten Sanierung der Rurbrücke (westl. Stadteingang) prioritär zu betrachten, um daraus ein abgestimmtes Vorgehen bezüglich Schließung der Rurbrücke und Neubau einer Umgehung abzustimmen.“

wird ersetzt durch

„Da aufgrund der langfristigen Planung der Zeitpunkt des Neubaus der Rurbrücke und der mögliche Bau des Nord - Westrings zeitlich nicht kompatibel sind, müssen für die Zeit der Brückenschließung alternative Umleitungskonzepte überlegt werden, die den zu analysierenden vermutlichen Verkehrsströmen entsprechen. Da die Brückenerneuerung voraussichtlich erst im Jahr 2023 erfolgt, kann ohne Zeitdruck eine Beratung und Entscheidung darüber in einer der nächsten beiden Sitzungsperioden erfolgen.“

Begründung:

Die bisher vorgeschlagene einzige Lösung der Ertüchtigung von Feldwegen vom Verkehrsübungsplatz Koslar zur Hasenfelder Straße sehen wir als problematisch an. Wegen der provisorischen Verbreiterung auf einen dem Verkehrsaufkommen entsprechenden Standard entstehen hohe Kosten, die für ein solches Provisorium nicht gerechtfertigt sind. Es sollte in Ruhe nach Alternativen gesucht werden. Im April wird das Mobilitätskonzept vorgestellt, in dessen Rahmen eine Mobilitätsplanung erfolgen sollte. Dabei müssen zur Verfügung stehende Gelder und Maßnahmen abgewogen und die Belange von Radfahrenden, Fußgänger*innen und Autofahrer*innen im gleichen Maße berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Steininger
(Fraktionsvorsitzender)